

Solidarität innerhalb der beruflichen Vorsorge

Gewollt und ungewollt

Wesensmerkmal einer Solidargemeinschaft sind Transfers zwischen den Mitgliedern. Die Solidarität in der beruflichen Vorsorge geht teilweise deutlich über die reine versicherungsbedingte Solidarität hinaus.

IN KÜRZE

Kernelement des Versicherungsprinzips ist die Solidarität zwischen den Versicherten. Der Stiftungsrat muss entscheiden, welche Solidaritäten in Kauf genommen werden und welche eine Umverteilung darstellen.

Ein Unfall, ein Einbruch, Hagel, eine schlimme Krankheit – diese Ereignisse können einzelne Individuen auch heute noch in bedrohliche finanzielle Engpässe führen. Gegen Bezahlung einer (Versicherungs-)Prämie kann man sich jedoch gegen finanzielle Schadensfolgen absichern. Dies funktioniert, weil eine Gemeinschaft von Versicherten besser in der Lage ist, das Einzelrisiko auszugleichen und gemeinschaftlich zu tragen, als dies ein Einzelner je könnte. Kernelement dieses seit Jahrhunderten angewandten Versicherungsprinzips ist dabei die Solidarität zwischen den einzelnen Versicherten.

Der ökonomische Nutzen des Versicherungsprinzips ist unbestritten. Aus einer rein buchhalterischen ex-post Betrachtung bedeutet die Solidarität im Versicherungsprinzip jedoch nichts anderes als ein Transfer von finanziellen Mitteln von jenen, die keinen Schaden erlitten haben, zu jenen, denen ein schädigendes Ereignis widerfahren ist. Ist dieser Transfer jedoch bereits im Voraus absehbar und geht mit einer systematischen Bevorteilung einzelner Versicherungsgruppen einher, so wollen wir im Folgenden von Umverteilung sprechen.

Pensionskassen sind Versicherungen gegen die Risiken Alter, Tod und Invalidität. Solidarität und (damit verbunden) auch Transfers sind daher wesentliche Kernelemente der 2. Säule.¹ Art und Umfang der Solidarität sowie die Definition der einzelnen Solidaritätsgruppen in einer PK sind jedoch stark

abhängig von der reglementarischen Ausgestaltung und der Struktur der Vorsorgeeinrichtung.

In den folgenden Abschnitten werden die aus unserer Sicht wichtigsten Solidaritäten in der beruflichen Vorsorge kurz vorgestellt, und es wird dargelegt, unter welchen Voraussetzungen und welcher Betrachtungsebene heraus Umverteilung entsteht.

Solidarität in der Finanzierung

Die Finanzierung der Risiko- und der Altersleistungen kann in individueller oder in kollektiver Form erfolgen. Grundsätzlich gilt hierbei: Je individueller die Beiträge für diese Leistungen erhoben werden, desto geringer ist die damit verbundene Umverteilung. Während kollektive Finanzierung der Altersleistungen – bei der die Gutschrift im Altersguthaben nicht mit den individuellen Sparbeiträgen übereinstimmt – heute selten anzutreffen ist und daher hier nicht weiter erläutert wird, so ist Umverteilung bei der Finanzierung der Risikoleistungen je nach Art der Finanzierung üblich.

Beispiel

Werden Risikoprämien individuell und versicherungstechnisch korrekt bestimmt, so zeigt das Beispiel, dass erstens die versicherungstechnisch korrekte Risikoprämie bis ins Alter von rund 56 Jahren stetig ansteigt und zweitens bis zu diesem Alter Frauen aufgrund der höheren IV-Wahrscheinlichkeit höhere Risikoprämien zahlen müssten.

Nehmen wir an, dass die PK einen über alle Altersklassen konstanten, kollektiven Risikobeitrag von 1.5 Prozent des versicherten Lohns erhebt. Dann kommt es – wie die Abbildung «Risikoprämie für temporäre IV-Rente bis Alter 65» (Seite 76) zeigt – zu einer Umver-



Benita von Lindeiner
Dr., Senior Consultant
c-alm AG



Reto Leibundgut
Dr. oec., Aktuar SAV,
eidg. dipl. Pensions-
versicherungs-Experte
SKPE, Partner c-alm AG

¹ Interpension (2014): Transfers in der Beruflichen Vorsorge, Reto Leibundgut, Referat: www.inter-pension.ch/wp-content/uploads/2014/04/InterPension_TranferBV_Leibundgut_20140408.pdf; oder ExpertSuisse (5/2016): Die Solidarität in der Beruflichen Vorsorge, Roger Baumann, 307–315.

teilung von erstens jungen zu älteren Versicherten und zweitens von Männern zu Frauen. Ist darüber hinaus der tatsächliche Risikobeitrag höher als der aktuariell korrekte Beitragsatz und wird die überschüssige Prämie zur Finanzierung von reglementarischen Altersleistungen verwendet, so kommt es zu zusätzlichen Umverteilungen zwischen Aktiven und (Neu-)Rentnern.

Solidarität bei den Leistungen

Neben der Finanzierung führen auch die Ausgestaltung und Höhe der Leistungen einer PK zu mannigfachen Solidaritäten – und häufig auch zu Umverteilung. Dies ist nicht nur bei offensichtlich beitragsunabhängigen Leistungen der Fall, die früher verbreiteter waren, sondern auch bei den übrigen Leistungsparametern.

Umwandlungssatz

Altersrenten sind langfristige Leistungsversprechen, bei denen sowohl biometrische Garantien (unbekannte Lebensdauer) als auch ökonomische Garantien (Zinserfordernis der PK für die Finanzierung der lebenslangen Altersrente) eine wesentliche Rolle spielen. Die Höhe dieser Garantien bestimmt die Höhe des versicherungstechnisch korrekten Umwandlungssatzes. Somit wird offensichtlich, dass der Umwandlungssatz beziehungsweise die darin enthaltenen Garantien eine wesentliche Solidarität – mit einem erheblichen Umverteilungspotenzial – über mehrere Generationen hinweg darstellt.

Die Darstellung «Umwandlungssatz vs. technischer Zins» zeigt, welche Zinsgarantien in einem bestimmten Umwandlungssatz enthalten sein können.

So führt beispielsweise ein Umwandlungssatz von 6.0 Prozent bei einem 65-jährigen, unverheirateten Mann zu einer Zinsgarantie von rund 2.5 Prozent. Ist der gleiche Mann jedoch mit einer 59-jährigen Frau verheiratet, beträgt die Zinsgarantie rund 4.0 Prozent.

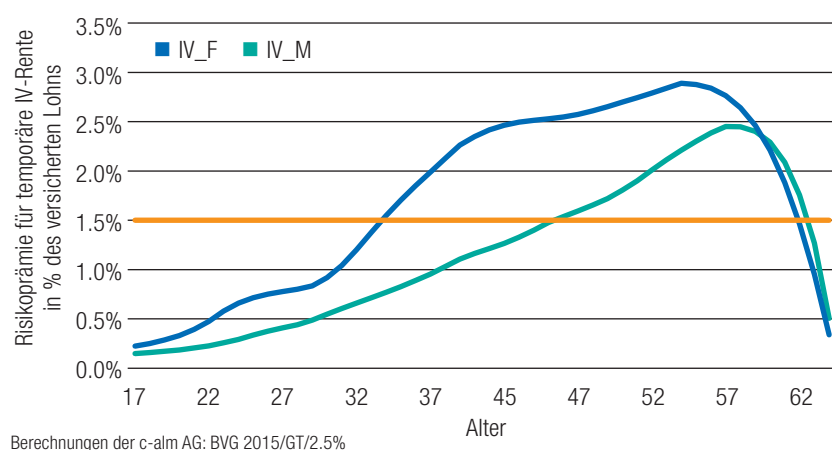
Das Umverteilungspotenzial der Zinsgarantien wird sich jedoch erst im Zeitablauf manifestieren, falls die realisierte Rendite von der garantierten Verzinsung abgewichen ist. Dies führt zwangsläufig zur Frage, von welchem realistischen Ertragspotenzial die einzelnen PKs aufgrund ihrer individuellen Vermögensallokation ausgehen. Aktuell liegen die in den reglementarischen Umwandlungssätzen implizit enthaltenen Zinsgarantien häufig deutlich über dem Ertragspotenzial, von dem das oberste Führungsorgan selbst ausgeht – eine Umverteilung von jungen Versicherten zu Bezüglern einer Altersrente ist somit vorprogrammiert.

Verzinsung des Altersguthabens

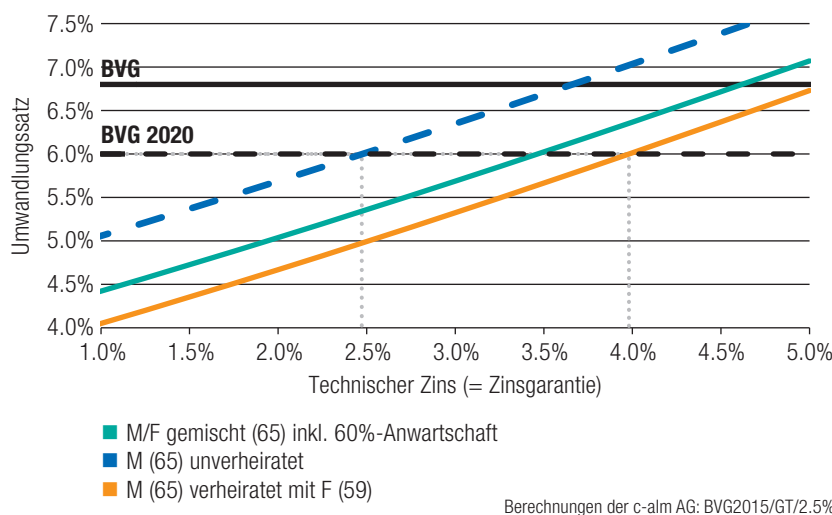
Solidaritäten und Umverteilungen spiegeln sich auch in der Verzinsung der Altersguthaben (AGH) wider. Würde diese umverteilungsfrei erfolgen, so müsste sie sich klar an der erzielten Rendite orientieren. De facto ist dies jedoch nur für gewisse überobligatorische Teile im Rahmen von individuellen 1e-Plänen der Fall. Im Normalfall richtet sich der AGH-Zins hingegen kollektiv nach der Höhe des Deckungsgrads und den gesetzlichen Mindestvorschriften. Solange die Wertschwankungsreserve aufgebaut beziehungsweise der Deckungsgrad durch einen Zinsverzicht erhöht werden muss, fallen die tatsächlich erzielte Rendite und die Verzinsung des AGH auseinander. In den letzten acht Jahren war und ist dieser Zinsverzicht – insbesondere auch ausgelöst durch eine Reduktion der technischen Zinssätze – in vielen PKs die bittere Realität.

Damit es zukünftig häufiger vorkommt, dass die PKs den aktiv Versicherten und den durch einen tiefen Umwandlungssatz beziehungsweise eine tiefe Zinsgarantie legitimierten Altersrentnern die tatsächlich erzielte Rendite weitergeben können, erfordert das ökonomische Umfeld mit tiefen Marktzinssätzen eine unvoreingenommene Adjustierung der langfristigen

Risikoprämie für temporäre IV-Rente bis Alter 65



Umwandlungssatz vs. technischer Zins



ökonomischen Zinsgarantien in den PKs. Nur so kann sichergestellt werden, dass die Absicherung vor Finanzmarktschwankungen auf der Zeitachse (Nominalzins-Garantie), die zu einer Kernaufgabe der 2. Säule gehört, von den Versicherten als Solidarität und nicht als Umverteilung wahrgenommen wird.

Todesfallleistungen: Umgang mit dem vorhandenen Altersguthaben

Das Todesfallkapital stellt eine überobligatorische Leistung dar, die nicht im BVG vorgesehen ist. Sieht auch das Reglement einer Pensionskasse kein Todesfallkapital vor, so kann es im Todesfall – falls keine Witwenrente gezahlt wird – sein, dass das AGH an die PK verfällt.

Aus Sicht eines ledigen Versicherten stellt dieser Mutationsgewinn nichts anderes als eine Umverteilung dar und ist für viele Versicherte ein nachvollziehbarer Hinderungsgrund, sich in die PK einzukaufen. Generell muss sich das oberste Führungsorgan in diesem Zusammenhang überlegen, wie die PK mit Mutationsgewinnen aus Todesfällen umgehen soll. Viele PKs haben ihre Vorsorgereglemente in den letzten Jahren dahingehend geändert, dass keine Mutationsgewinne mehr möglich sind.

Angemessenheit und Zumutbarkeit

Als Versicherungseinrichtung lebt die 2. Säule von Solidaritäten, die überhaupt erst die Erbringung nicht risikofrei fi-

nanzierbarer Leistungen ermöglichen. Jede Vorsorgeeinrichtung stellt somit de facto ein Konglomerat verschiedenster Solidaritäten dar, die sowohl die Finanzierungs- als auch die Leistungsseite betreffen. Um Angemessenheit und Zumutbarkeit dieser Solidaritäten zu beurteilen, ist es jedoch essenziell, dass das Führungsorgan sich dieser Solidaritäten und der dadurch ausgelösten Transfers explizit und an jeder Stelle der PK bewusst ist. Nur so kann entschieden werden, welche Solidaritäten in Kauf genommen werden sollen – weil sie dem Versicherungsprinzip entsprechen – und welche eine Umverteilung darstellen. ■

La solidarité dans la prévoyance professionnelle

Les solidarités voulues et les autres

Une communauté solidaire présente la caractéristique qu'il s'y produit des transferts entre les membres. Dans la prévoyance professionnelle, la solidarité va en partie beaucoup plus loin qu'une simple solidarité inhérente au principe d'assurance.

EN BREF

La solidarité entre les assurés est l'élément-clé du principe d'assurance. Le conseil de fondation doit décider quelles solidarités sont acceptables et lesquelles sont assimilables à une redistribution.

Un accident, une effraction, la grêle, une maladie grave – ces événements peuvent plonger une personne dans de graves difficultés financières. En versant une prime (d'assurance), on peut se protéger contre les conséquences économiques d'un tel sinistre. Le système fonctionne parce qu'un collectif d'assurés peut mieux compenser le risque individuel en l'assurant collectivement qu'un individu seul. Ce principe d'assurance qui est appliqué depuis des siècles repose donc sur la solidarité entre les assurés.

L'utilité économique du principe d'assurance est incontestée. Dans une perspective comptable ex-post en revanche, la solidarité liée au principe d'assurance n'est rien d'autre qu'un transfert de ressources financières de ceux qui ont été épargnés vers ceux qui ont été victimes d'un sinistre. Mais lorsque ce transfert est prévisible d'avance et va de pair avec un privilège systématique de certains groupes d'assurés, nous allons désormais parler de redistribution.

Les caisses de pensions sont des assurances contre les risques de vieillesse, de décès et d'invalidité. La solidarité et (en corollaire) les transferts sont donc des caractéristiques essentielles du 2^e pilier.¹ La nature et l'étendue de la solidarité, ainsi que la définition des différents groupes solidaires au sein d'une CP dépendent toutefois fortement de sa conception réglementaire et de sa structure.

Ci-après suit un rapide tour d'horizon des principales solidarités régissant la prévoyance professionnelle et il sera montré sous quelles conditions et à quel niveau il en résulte des redistributions.

La solidarité au niveau du financement

Le financement des prestations de risque et de vieillesse peut se faire sous une forme individuelle ou collective. On peut dire en principe que plus les cotisations perçues pour ces prestations sont individualisées et moins il y aura de redistribution. Tandis que le financement collectif des prestations de vieillesse où les montants crédités à l'avoir de vieillesse ne sont pas égaux aux contributions d'épargne individuelles est rare aujourd'hui, raison pour laquelle nous en ferons abstraction, la redistribution est couramment pratiquée pour le financement des prestations de risque dans certains modes de financement.

Exemple

Si les primes de risque sont définies individuellement et de manière actuarielle correcte, il ressort de notre exemple que la prime de risque actuarielle correcte progresse régulièrement jusqu'à l'âge de 56 ans et que les femmes devraient payer des primes de risque plus élevées parce qu'il y a de plus fortes chances qu'elles recourent à l'AI.

Supposons que la CP perçoive une contribution de risque collective constante pour toutes les catégories d'âge à hauteur de 1.5% du salaire assuré. Il en résultera – comme montré dans l'illustration «Prime de risque pour rente AI temporaire jusqu'à l'âge de 65 ans» (page 80) – une double redistribution: des jeunes assurés vers les vieux et des hommes vers

¹ Interpension (2014): Transfers in der Beruflichen Vorsorge, Reto Leibundgut, exposé: www.inter-pension.ch/wp-content/uploads/2014/04/InterPension_TransferBV_Leibundgut_20140408.pdf; ou ExpertSuisse (5/2016): Die Solidarität in der Beruflichen Vorsorge, Roger Baumann, 307–315.

les femmes. Si la contribution de risque effective est en outre plus élevée que le taux de cotisation actuariellement correct et qu'en plus l'excédent de prime est utilisé pour financer des prestations de vieillesse réglementaires, il en résulte une redistribution supplémentaire des actifs vers les (nouveaux) rentiers.

La solidarité au niveau des prestations

Outre le financement, la conception et le montant des prestations d'une CP engendrent aussi de multiples solidarités – et souvent également des redistributions. C'était fréquemment vrai par le passé, lorsque les prestations n'étaient manifestement pas liées aux cotisations, mais ça l'est aussi avec les autres paramètres définissant les prestations.

Le taux de conversion

Les rentes de vieillesse sont des promesses de prestations à long terme qui reposent essentiellement sur des garanties biométriques (durée de vie inconnue) et sur des garanties économiques (nécessité pour la CP de dégager un intérêt permettant de financer les rentes de vieillesse viagères). Le montant de ces garanties détermine le montant du taux de conversion actuariellement correct. On comprend dès lors que le taux de conversion avec les garanties y contenues représente une solidarité essentielle avec un potentiel de redistribution considérable sur plusieurs générations.

L'illustration «Taux de conversion vs taux technique» montre quelles garanties de taux d'intérêt peuvent être contenues dans un taux de conversion déterminé.

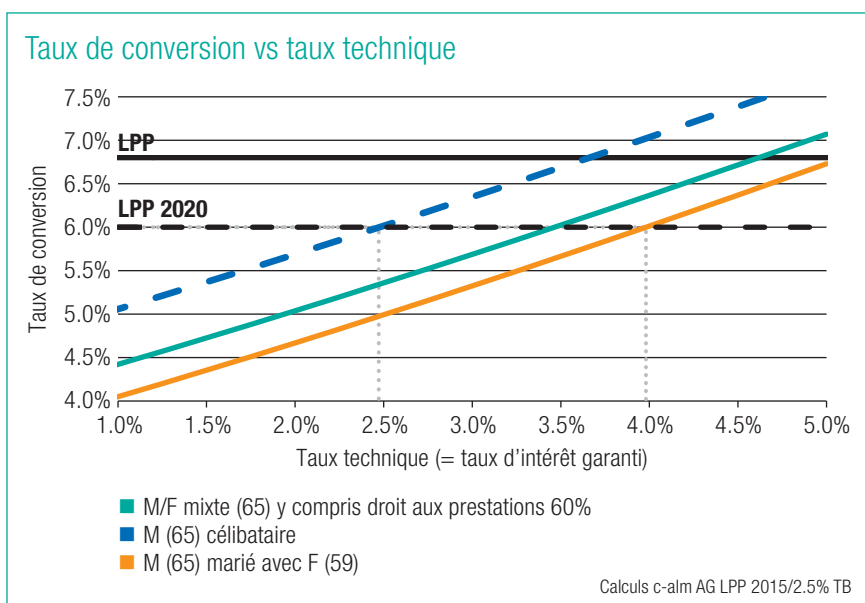
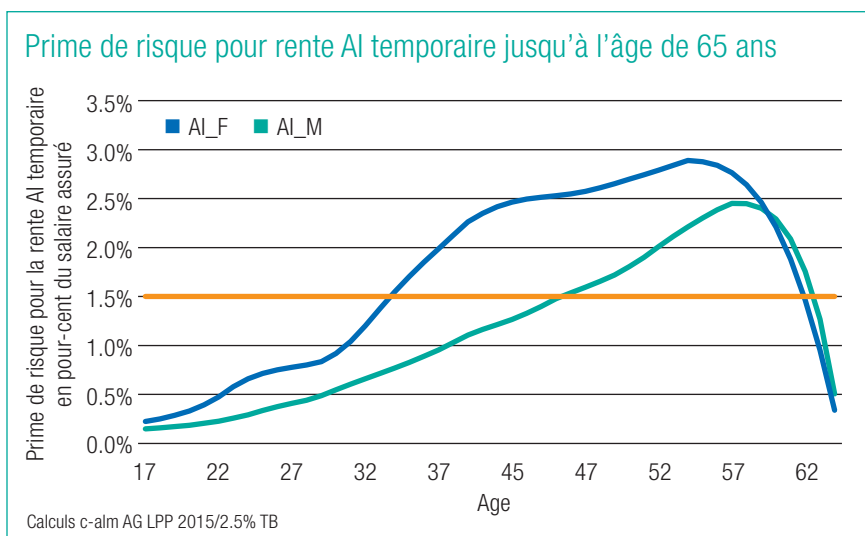
Ainsi, un taux de conversion de 6.0% représente pour un homme célibataire de 65 ans une garantie d'intérêt de l'ordre de 2.5%. Pour le même homme, la garantie d'intérêt s'élève à 4.0% s'il est marié à une femme de 59 ans.

Le potentiel de redistribution ne se manifestera toutefois qu'au fil du temps si le rendement dégagé est différent de la rémunération d'intérêt garantie. Ce qui soulève automatiquement la question de savoir sur quel potentiel de rendement réaliste tablent les différentes CP compte tenu de leur allocation d'actifs individuelle. Actuellement, les garanties d'intérêt implicitement contenues dans les taux de conversion réglementaires sont souvent nettement supérieures au potentiel de rendement défini par l'organe dirigeant lui-même – la redistribution des jeunes assurés vers les bénéficiaires de rentes de vieillesse devient alors une fatalité.

La rémunération de l'avoir de vieillesse

Les solidarités et les redistributions se reflètent également dans la rémunération des avoirs de vieillesse (AV). Sans redistribution, cette rémunération devrait clairement s'aligner sur le rendement dégagé. Mais en réalité, ce n'est le cas que pour certains éléments surobligatoires dans le cadre de plans individuels 1e. Normalement, le taux d'intérêt appliqué sur l'AV est défini collectivement en fonction du degré de couverture et du taux d'intérêt minimal obligatoire. Tant qu'il y aura des réserves de fluctuations de valeurs à constituer ou que des intérêts ne pourront être distribués parce qu'il faut faire monter le degré de couverture, la rémunération des AV ne correspondra pas au rendement effectivement dégagé. Cette renonciation à une part d'intérêts est la dure réalité dans de nombreuses CP depuis huit ans, notamment par suite de la réduction des taux techniques.

Afin qu'à l'avenir, les CP puissent plus souvent répercuter les rendements effectivement dégagés sur les assurés actifs et sur les bénéficiaires de rentes de vieillesse légitimés par un taux de conversion bas ou une faible garantie d'intérêt, il est nécessaire, dans l'environnement économique actuel caractérisé par la faiblesse des taux, que les caisses de pensions ajustent objectivement leurs garanties d'intérêts économiques consenties sur le



long terme. C'est indispensable afin que la protection contre les fluctuations des marchés financiers sur l'axe temps (garantie de taux nominal) qui est une des tâches-clés du 2^e pilier soit perçue par les assurés comme une solidarité et non comme une redistribution.

Les prestations en cas de décès: comment gérer l'avoir de vieillesse existant

Le capital de décès constitue une prestation surobligatoire qui n'est pas prévue dans la LPP. Si le règlement d'une caisse de pensions ne prévoit pas non plus de capital de décès, il se peut qu'en cas de décès, l'AV revienne à la CP si elle n'a pas de rente de viudité à verser. Dans l'optique d'un assuré célibataire, ce bénéfice de mutation représente clairement une

redistribution et constitue pour de nombreux assurés un obstacle au rachat de prestations de la CP. Dans ce contexte, l'organe dirigeant doit globalement réfléchir à la manière de traiter les bénéfices de mutation résultant d'un décès. Beaucoup de CP ont modifié leurs règlements ces dernières années en vue d'éliminer toute possibilité de bénéfices de mutation.

L'adéquation et l'admissibilité

En tant qu'institution d'assurance, le 2^e pilier vit des solidarités, car sans elles, il ne serait pas possible de fournir des prestations finançables sans risque. Toute institution de prévoyance est donc faite d'un conglomerat de solidarités les plus diverses au niveau du financement aussi

bien que des prestations. Mais afin de pouvoir juger de l'adéquation et de l'admissibilité de ces solidarités, il est indispensable que l'organe dirigeant soit explicitement conscient de toutes les solidarités et des transferts qu'elles déclenchent afin de pouvoir décider lesquelles de ces solidarités sont acceptables au nom du principe d'assurance et lesquelles constituent une redistribution. **I**

**Benita von Lindeiner
Reto Leibundgut**